

Die Bundesregierung will überdies dem amerikanischen Einwand vorbeugen, die neuen Waffen müßten schon aus Kostengründen in Europa aufgestellt werden. Entwicklung und Produktion der Mittelstreckenraketen werden schätzungsweise fünf bis sechs Milliarden Dollar verschlingen. Sollte das Kriegsgerät gleich nach der Produktion wieder verschrottet werden, ist Bonn neuerdings bereit, den Amerikanern einen Teil zuzuschließen.

Hans-Jürgen Wischniewski, in Berlin zum neuen stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt: „Wenn erfolgreiche Verhandlungen die Vereinigten Staaten mit Kosten belasten, müssen wir bereit sein, diese Lasten mitzutragen.“

Wie der Rüstungspoker letztlich ausgeht, hängt freilich von der Höhe des Einsatzes ab, den die Russen wagen wollen. Die Bonner wissen, daß nur weitgehende Abrüstungsangebote Moskau die Amerikaner dazu bringen werden, von ihren Maximalforderungen abzulassen. AA-Staatsminister Klaus von Dohnanyi: „Wenn die Russen helfen und ein überzeugendes Angebot auf den Tisch legen, dann können die Amerikaner gar nicht anders, als mitzuziehen.“

Einstweilen scheinen die Sowjets gewillt, dem Westen entgegenzukommen. Noch während der Rüstungsdebatte auf dem SPD-Parteitag begann in Wittenberg an der Elbe der von Leonid Breschnew versprochene Abzug von 20 000 Rotarmisten und 1000 Panzern aus der DDR.

Zugleich versicherten die Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten auf einer kurzfristig nach Ost-Berlin einberufenen Konferenz, daß der Osten auch nach dem Nato-Beschluß zu Verhandlungen bereit sei. Erst „die Verwirklichung dieses Beschlusses“, also die frühestens 1983 mögliche Einführung der neuen Raketen bei den US-Truppen in Europa, würde die „Grundlage für Verhandlungen zerstören“.

Die Bundesregierung ist zuversichtlich, daß die sowjetische Führung zu diesem Wort steht — auch wenn es in den nächsten Wochen zu einer harten Reaktion des Ostens bis hin zu militärischen Gegenmaßnahmen auf den Nato-Beschluß kommt. Regierungssprecher Klaus Bölling: „Wir rechnen damit, daß es einigen Qualm gibt.“

Beispielsweise könnte Moskau, wie Geheimdienstler bereits voraussagen, seine veralteten Kurzstreckenraketen in der DDR in großem Umfang durch moderne Flugkörper ersetzen.

Wenn sich der Rauch verzogen hat, wird Helmut Schmidt vor seiner fest verabredeten Reise nach Moskau als Friedensbote im Januar oder Februar in die DDR reisen — zehn Jahre nach Willy Brandts historischem Besuch in Erfurt.

Das deutsch-deutsche Spektakel soll, versteht sich, auch dem Wahlkampf

des SPD-Kanzlers zugute kommen. Honeckers Vorschlag, sich bei dem Arbeitsbesuch diskret in eine abge-schiedene Regierungsdelegation zurück-zuziehen, lehnte Schmidt ab. Er will den Staatsratsvorsitzenden lieber vor großer Kulisse treffen — etwa in Weimar, vor Zuschauern und begleitet von westdeutschen Journalisten.

NATO

Dämonischer Wahnsinn

Knapp eine Woche bevor die Nato beschließen wollte, neue Raketen zu produzieren und in Europa zu stationieren, lehnte Hollands Parlament diese Pläne ab. Fällt nun der Nachrüstungsbeschluß der Nato?

Draußen, vor dem Parlamentsgebäude in Den Haag, waren an die 4000 Demonstranten aufmarschiert.

Raketen-Gegner saßen, am vorigen Donnerstagabend, auch auf den prall gefüllten Zuschauertribünen. Dies soll-

te ihre Nacht werden. Und sie wurde es:

Während Hollands Premier Andreas van Agt in England arglos mit seiner Kollegin Margaret Thatcher dinierte, verordnete die zweite Kammer des niederländischen Parlaments dem Land mit 76 gegen 69 Stimmen die atomare Abstinenz — und eine mögliche Regierungskrise.

Holland, so legte die Mehrheit fest, solle nein sagen zu dem für Mitte dieser Woche geplanten Beschluß der Nato, eine Generation amerikanischer Mittelstreckenwaffen zu produzieren und in Europa zu stationieren.

Stimmten aber die Niederlande — neben Großbritannien, Belgien, Italien und der Bundesrepublik als Stationierungs-Land für die neuen „Pershing 2“-Raketen und Cruise Missiles ausersehen — tatsächlich mit Nein, dann wäre das gesamte Konzept der beschönigend so genannten Nachrüstung gefährdet.

Nachdem auch schon Norweger und Dänen, die es seit je ablehnen, Atomwaffen in ihren Ländern zu stationieren, in letzter Minute Bedenken gegen die Nato-Pläne angemeldet hatten, befürchteten amerikanische Regierungsbeamte nun einen „Domino-Effekt“ — negative Auswirkungen der Haager Entscheidung auch auf Belgien und Italien.

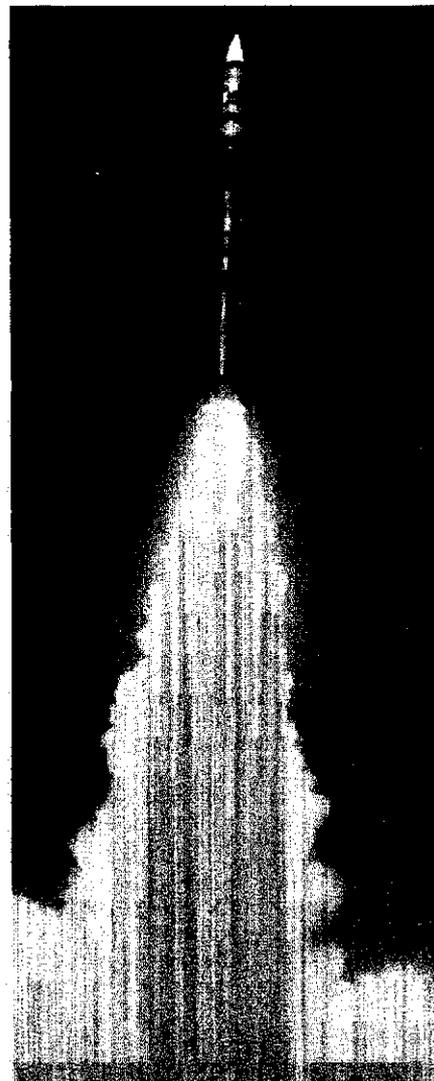
Eiligst machte sich der Chef der Nato-Führungsmacht USA, Präsidentschaftskandidat Jimmy Carter, am Freitag für ein paar Stunden frei von der Iran-Krise und versuchte zu retten, was noch zu retten war: Im Weißen Haus empfing er van Agt und dessen norwegischen Kollegen Odvar Nordli. Zugleich begannen US-Außenminister Cyrus Vance und Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski mit der Seelenmassage des dänischen Außenministers Kjeld Olesen.

Denn auf dem Spiel steht in den Augen der Amerikaner nicht nur ihre eigene Führungsrolle innerhalb der Allianz, sondern vor allem die Fähigkeit des Bündnisses, sowjetischen Lockungen und Pressionen *gemeinsam* zu widerstehen.

Das Zaudern ihrer europäischen Partner nämlich schreiben die Amerikaner in erster Linie der ebenso massiven wie geschickten sowjetischen Reaktion auf die Nato-Pläne zur „Nachrüstung“ zu.

Zum Auftakt hatte Parteichef Leonid Breschnew am 6. Oktober in Ost-Berlin den einseitigen Abzug von 20 000 sowjetischen Soldaten und 1000 sowjetischen Panzern aus der DDR angekündigt; zugleich bot er an, die Sowjet-Union werde die Zahl ihrer Mittelstreckenraketen in Europa verringern, wenn der Westen seinerseits keine neuen Raketen stationiere.

Die Abrüstungsangebote krönte er mit einer Drohung: Jene Staaten, die sich zur Stationierung der neuen Nato-Waffensysteme bereit erklärten, würden da-



Amerikanische Pershing-2-Rakete
„Alle aus der Welt schaffen“

mit im Kriegsfall automatisch bevorzugte Ziele eines sowjetischen Gegen-schlages.

Kaum war Breschnew wieder in den Kreaml zurückgekehrt, schwärmten sowjetische Spitzenfunktionäre auf Werbereise in den Westen aus.

Von den Werbungen der Sowjets lieben sich die Bonner nicht beeindruckt. Aber, so ein Kabinettsmitglied zum SPIEGEL, „wenn Moskau uns einen Produktionsstopp bei der (vom Westen gefürchteten sowjetischen Mittelstreckenrakete) SS-20 angeboten hätte, dann wären wir völlig ratlos gewesen“.

Bei den Holländern, die schon 1977 entscheidend mitgeholfen hatten, die Aufnahme der Neutronenbombe in das westliche Waffenarsenal zu verhindern, bedurfte es solch konkreter Angebote nicht.

Je näher der Termin rückte, an dem die Nato über die Nachrüstung beschließen sollte, desto schriller wurden die Töne in der niederländischen Atomdebatte. „Helft alle Atomwaffen aus der Welt zu schaffen“, forderten die Kirchen; Kernwaffen, schrieb die protestantische Wochenzeitung „Hervormd Nederland“, seien „dämonischer Wahnsinn“.

Als schließlich eine Meinungsumfrage ergab, daß über zwei Drittel der Niederländer jegliche Stationierung von Atomwaffen in Europa ablehnten, waren auch zehn Abgeordnete der christdemokratischen Partei des Regierungschefs van Agts nicht mehr länger bereit, „ihrem Gewissen Gewalt anzutun“ (so der konservative Kommentator Hiltermann). Sie stimmten mit den Nachrüstungsgegnern und gegen ihren Premier.

Der stand nun vor dem Problem, entweder um der Einheit der Allianz willen das Votum seines Parlaments zu ignorieren — was vermutlich zu seiner Abwahl durch einen Mißtrauensantrag führen würde — oder aber im Verein mit den Verbündeten rechtzeitig zur Brüsseler Nato-Konferenz dieser Woche eine Kompromißlösung zu finden, mit der alle Beteiligten das Gesicht wahren können.

In der Geschichte der Nato gibt es dafür bereits einen Präzedenzfall. Als die Nato 1957 in Paris die Stationierung von Atomwaffen in Europa beschließen wollte, machte Dänemark Einwände geltend. Am Ende aber kam auch aus Kopenhagen ein Ja — gekoppelt mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, die Waffen dürften nicht in Dänemark stationiert werden.

So könnte auch ein Ausweg für die Holländer aussehen — wenn es nur bei den Holländern bliebe. Sollten aber Belgien und Italien folgen, dann wäre auch das wichtigste Ja in Frage gestellt, das Ja aus Bonn.

Denn die Bundesregierung will, wie Kanzler Schmidt versichert, auf keinen Fall eine „singuläre Rolle“ spielen.

„Übertreiben die Deutschen?“

Der holländische Militärexperte de Vries zur Nato-Nachrüstung

Klaas G. de Vries, 36, Abgeordneter der sozialdemokratischen holländischen „Partij van de Arbeid“, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses im Parlament und Berichterstatter des Militärausschusses der Nordatlantischen Versammlung, schrieb für den SPIEGEL den folgenden Beitrag.

Die gegenwärtige Nato-Strategie des möglichen Ersteinsatzes von Atomwaffen ist eine Strategie des Selbstmordes. Mehr als die Hälfte der 7000 bis 8000 atomaren Sprengköpfe, die in Westeuropa und namentlich in der Bundesrepublik gelagert sind, reichen nicht weiter als 20 Kilometer.

me wirklich einen derartigen Quantitätsvorsprung in ihrer Bedrohungs-kapazität für den Westen, daß eine Nachrüstung unausweichlich scheint?

Für Westeuropa neu im Bedrohungsspektrum der Sowjet-Union sind gegenwärtig nur etwa 75 Abschußsysteme der mobilen Mittelstreckenrakete SS-20 und 40 bis 60 Schwenkflügelbomber vom Typ „Backfire“.

Wenn man bedenkt, daß der Westen in den letzten 20 Jahren im Schatten von über 600 Mittelstreckenraketen der Typen SS-4 und SS-5 und hunderter Sowjet-Bomber gelebt hat, sind das



Verteidigungspolitiker de Vries: „Verständnis für die Bundesrepublik“

Setzt die Nato sie ein, wird ihr eigenes Gebiet in einen radioaktiven Trümmerhaufen verwandelt.

Deshalb erscheint es auf den ersten Blick durchaus logisch, wenn die Nato diese Kurzstreckensysteme durch Langstreckensysteme ersetzen würde, deren Reichweite ausreicht, um Ziele in der Sowjet-Union zu zerstören, und die nicht im Ernstfall vorrangig das eigene Territorium bedrohen.

Was die Nato aber gegenwärtig schönfärberisch als „Nachrüstung“ propagiert — die Produktion und Stationierung von 572 Marschflugkörpern „Cruise Missiles“ und neuer Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing 2 —, wird gegenüber den Mitgliedsländern als notwendige Antwort auf das wachsende Mittelstreckenpotential der Sowjet-Union verkauft. Haben die militärischen Merkmale der östlichen Systeme

wahrhaftig keine dramatischen Zahlen. Außerdem, so bisher die offizielle Lesart der Nato, werde das sowjetische Übergewicht in Europa durch die amerikanische Nukleargarantie mehr als ausgeglichen.

Erst die übertriebene Reaktion der Militärs auf das neue Mittelstreckenpotential der Sowjet-Union und die Popularisierung der sogenannten „Abschreckungslücke“ haben in Europa eine Stimmung geschaffen, die jetzt plötzlich die Herstellung einer nuklearen Parität als Ziel der Nato-Politik in Europa verlangt. Wer aber eine solche eurostrategische Balance will, untergräbt den Zusammenhalt des Bündnisses, weil er dem Gedanken Vorschub leistet, daß ein Ost-West-Konflikt auf Europa beschränkt bleiben kann.

Sollte in den Vereinigten Staaten tatsächlich die Neigung bestehen, ihre